

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postleitzettel Dresden Nr. 2486. — Stadtzielzettel Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluß 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeichen u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Heilige, Verkaufsstelle von Hopfplänen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 70

Dresden, Dienstag, 24. März

1925

Fehrenbach über Ebert.

Magdeburg, 23. März.

Als erster Zeuge in der Montagverhandlung des Rothardt-Prozesses wurde der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach vernommen, der zu Beginn seiner Vernehmung erklärte, er habe in den eigentlichen Vorgängen im Januar 1918 aus eigenem Erleben nichts sagen zu können. Er sei nur in der Lage, im allgemeinen ein Bild von der Persönlichkeit des verstorbenen Reichspräsidenten zu geben:

Ich habe mit Ebert während des Krieges sehr lange im Reichstag, in den Ausschüssen zw. zusammengearbeitet und habe dabei in Ebert einen durchaus zuverlässigen patriotischen Mann kennengelernt.

Er hat mir nie Gelegenheit gegeben, daran zweifeln zu können. Ebert war kein Revolutionär. In jener Woche, als die Revolution ausbrach, hatten wir eine interfraktionelle Sitzung, in der ein Mitglied — es war nicht Ebert — der S.P.D. in interfraktionärer Weise über die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie sich äußerte.

Er sagte, wie sind Sozialdemokratie, wir sind Sozialisten, aber die Republik steht nicht in unserem Programm. Wir können unsere wesentlichen Ziele auch in der Monarchie erreichen. Wie sind Demokratie, und als solche tragen wir die Tatsache bestmöglich, daß die Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch geprägt ist.

Von einem weiteren Regiment Kaiser Wilhelms II. oder des Kaiserkreises kann keine Rede sein, aber wir sind bereit, den ältesten Sohn des Kaiserkreises unter einer Sozialmonarchie oder Regenschaft als Kaiser anzuerkennen.

Das war die Meinung des S.P.D.-Führer. Am Dienstag und Mittwoch der Woche ist dann Ebert zu mir gekommen und hat mich darüber unterrichtet, wie er im Osten und Nord in zwei großen Gewerkschaftsversammlungen die Arbeiter von den revolutionären Gedanken abzubringen versucht und wie ihm das gelungen sei.

Vorsitzender: Herr Zeuge, erinnern Sie sich, daß der damalige Abgeordnete Ebert im Haus des Reichstags den Reichstag eine Rede gehalten hat, in der er das Vorgehen des österreichischen Proletariats, das damals in einem Munitionsarsenal erster Kreis stand, mit aller Sympathie begrüßte?

Zeuge Reichskanzler a. D. Fehrenbach: Man muß bei Beurteilung einer solchen Rede die damalige Situation im Betracht ziehen. Alle Stände des Volkes, die damals noch an einen guten Ausgang des Krieges glaubten, waren in dem Verhalten des Generals Hoffmann, der in Preßlau Frieden schließen sollte, den Anfang des Zusammenbruchs. Auch ich persönlich hatte das Gefühl und brachte auch meine Meinung damals zum Ausdruck,

dass diese Geschichte (Friedensschluß in Preßlau) nicht gut ausgeht, und

da ist es das Recht jeder Partei, die einen verdeckten Friedensschluß wollte, alles zu tun, um eine Katastrophe zu verhindern.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erläutert der Zeuge: Ich glaube nicht, daß Ebert aufgelobt hat, den Gegenstandsbefehlen keine Folge zu leisten.

Nach seiner ganzen Einstellung zur Landesverteidigung ist das unmöglich.

Was den Schlusslog seiner Rede im Haushaltungsanschluß betrifft: „Wir drohen nicht, aber wir warnen“, so ist dazu zu sagen, daß leise und schallende Ansprüche von allen Parteien gebracht wurden. Man darf auch nicht verlangen, daß eine Partei, obwohl sie sich zur Landesverteidigung stand, nur an den Maßnahmen der Regierung keine Rücksicht überstreife. Das haben alle Parteien getan, auch meine Partei.

Auf eine Frage der Staatsanwaltschaft erklärt der Zeuge, daß sich das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratischer Partei nach dem Januskreis nicht geändert habe und bis zur Beendigung des Krieges das gleiche geblieben sei.

Generalleutnant Edler v. Braun, im Kriege Direktor des Erziehungs- und Arbeitsministeriums, äußert sich über die vom Zeugen Bauer erwähnte Klägerichtung des ältesten Sohnes Eberts: Eines Tages erschien Reichslandesabgeordneter Bauer bei mir und erzählte mir, Ebert hätte im Felde zwei Söhne verloren, ein dritter, der älteste, sei schon im Jahre 1915 schwer verwundet worden und sollte jetzt wieder ins Feld. Ebert wolle außerdemlich erschüttert durch den Verlust, vor allem kündigt auch Frau Ebert vor einem körperlichen und seelischen Zusammenbruch. Er fragte, ob eine Reklamation nicht möglich sei. Ich erwiderte, das einfache wäre, wenn der Abgeordnete Ebert seiner Meinung entspricht.

Darauf erklärte Herr Bauer, Ebert wisse nichts von seinem Schrift. Außerdem sei er überzeugt, daß Ebert sich nicht dazu herbeilassen würde.

Der General machte darauf ein Gesicht. Später hat er gehört, daß der älteste Sohn vorläufig beim Grapppenstellte war. Ob er später wieder ins Feld kam, weiß der Zeuge nicht. Der Zeuge gibt zu, daß es ein Fall war, der

selten vorgekommen ist, daß ein Vater nicht einwillige in ein Reklamationsgesuch um den Sohn. Mit Ebert selbst hat er über die Reklamation nicht gesprochen. Ebert hat auch nie von der Sache gesprochen. Als der vierte Sohn eingezogen werden sollte, wurde von der Fabrik, in der er als qualifizierter optischer Arbeiter beschäftigt war, seine Zurückstellung beantragt. Im regelrechten Gang der Dinge wurde dieser Sohn befürchtet zurückgestellt, aber nach Abschluß der ersten Zurückstellung auch dieser vierte Sohn zum Heeresdienst eingezogen.

Oberrichterstaatsanwalt Kaulsdorf vom Bureau des Reichstags gibt Auskunft über das Entfernen der Protokolle des Reichshausausschusses und legt das von Eberts Hand fertigte Protokoll seiner Rede vom 22. Januar 1918 vor.

Zeuge Kloß hat dem Gericht einen langen Schriftstiel eingerichtet, in dem er sich anschließend nochmals beschwert, daß der Gerichtshof ihn nicht genügend angehört hat.

Neue Zeugenladungen.

Während auf Antrag der Staatsanwaltschaft Rechtsanwalt Heine als Zeuge geladen wird,

beantragt die Verteidigung die Ladung von Davidsohn, der bezeugen will, daß das Erinnerungsvermögen Scheidemanns an die vorrevolutionären Vorgänge sich sehr getrübt hat, und von Ledebour, der befunden soll, daß Ebert in der Streitleitung betreibt gewesen sei, einen maßgebenden Einfluß im Sinne der Streitleitung auszuüben.

In der Nachmittagsitzung teilt der Verteidiger mit, daß die bayerische Staatsregierung die Genehmigung zur Vernehmung des früheren Staatsministers Handl verlangt hat.

Die Verteidigung verzichtet deshalb auf den Zeugen.

Der frühere Polizeipräsident in Kiel, Pölker, im Kriege Parteisekretär der S.P.D., schlägt die Gründe

für den Ausbruch des Streiks in Kiel und den Verlauf.

Der Zeuge hat selbst dahin gewirkt, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde im Interesse der Landesverteidigung und hat in einer Versammlung zur schnellen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Trotzdem bei der Abstimmung von 10 000 Abstimmenden 6000 für Fortsetzung des Streiks waren, wurde die Arbeitsaufnahme durchgeführt. Ausdrücklich erklärt der Zeuge, daß von der Berliner Parteileitung keine Befehle zum Streik getreten sind. Von Zeugen und anderen Versammlungsteilnehmern ist gefagt worden, daß Feststellung bescheinigt folge zu lassen sei.

Der Zeuge Garbe, damals Vorsitzender des Kieler Gewerkschaftsrates, gibt ebenfalls eine Schilderung vom Ausbruch des Streiks in Friedrichsort bei Kiel und vom Streik auf der Germania-Werft, der für den Zeugen überzeugend kam.

Ein Versammlungsverbot hatte zur Folge, daß die Arbeit erst wieder am 1. Februar aufgenommen wurde. Nach dieser Zeige kommt keine Verjährung aus Berlin. Zudem, der in Kiel war, habe sich dahin ausgesprochen, daß der Streik bald wieder in Ordnung kommen und die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse.

Zeuge Schulz, damals Vorstandsmitglied der S.P.D. in Kiel, bezeichnet den Streik in Kiel als Hungerstreik. Um es zu keiner Katastrophen kommen zu lassen, sei die Partei in die Streitleitung in Kiel eingetreten.

Von der Parteileitung in Berlin kommen keine Weisungen. Ausdrücklich sei in den Versammlungen auf die Schädigung der Frontsoldaten durch den Streik hingewiesen worden. Die Parteileitung in Berlin habe bis zum Schluß den Krieg mit einem Sieg beenden wollen.

Der Schiffbauern Vertreter von der Kaiserlichen Werft spricht ebenfalls von einem Hungerstreik. Er bestätigt, daß in den Versammlungen zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert wurde.

Die Aussagen des Eisenbahnhilfschaffers Faerber stehen im Widerspruch zu den Bekundungen des übrigen Zeugen. Er erklärt, daß in einer Versammlung

zur Bildung von Arbeiterräten aufgerufen worden sei. Im übrigen sind seine Aussagen so verworfen, daß sie kein reelles Bild bieten, sondern der Anfeind erweisen, daß der Zeuge die Januar-Ereignisse mit denen des November vergleicht.

Die Verhandlung wird auf Dienstag verlegt.

Ludendorff verzichtet nicht.

München, 24. März.

Zu den Verhandlungen der Volksliste in Norddeutschland, Ludendorff zu einem Versuch auf seine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu bewegen, ist der „Völkerliche Kurier“ in der Presse, zu verschaffen,

dass General Ludendorff nicht daran

denkt, auf die einmal ausgesprochene

Kandidatur zu verzichten.

Es handelt sich bei den betreffenden Wahlungen um ein reines Wahlmandat.

Ein spätes Nachspiel zu den Münchner Räterepubliflagen.

München, 23. März.

Während der Straßenschlacht, die sich beim Sturz der Räterepublik am 1. Mai 1919 abspielten, flüchtete die verwundete Bevölkerung eines Geschäftes der Reizungsgruppen in ein Haus. Der Vorsteher Ruhmann zählte ebenfalls zu den Fliehenden. Kriegsberichten, darunter der 28 Jahre alte Neubel, berichteten die Fliehenden und drangen in das Haus ein. Sie erwischen den Ruhmann im Hofraum und mißhandelten ihn, bis er schließlich unter den Geheulenden zweier Polizisten, darunter eines Russen, schwer verletzt zusammenbrach. Daraufhin zog Neubel einen Revolver und tötete den am Boden liegenden durch einen Schuß in den Kopf.

Während dieses Vorfalls standen in der Nähe mehrere Frauen, die die Polizisten fortsetzen zur Ermordung des Ruhmann aufforderten. Unter ihnen war auch die Maurerwitwe Chrhardt. Neubel und die Chrhardt wurden erst vor einigen Monaten durch den Staatsanwalt aufgrund gemacht und hatten sich am Montag vor dem Münchener Schwurgericht zu erkennen.

Nach sechsstündiger Verhandlung wurde Neubel wegen erschwertem Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Darauf werden ihm vierzehn Jahre Gefängnis, die er zur Zeit wegen schweren Einbruchs verbot, angehängt. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre Zuchthaus beantragt. Die Gesuchten ließen aber Widerwillen und zwar auf Grund der durch den ärztlichen Befund bestätigten Tatsache, daß der ermordete Ruhmann auch ohne den Schuß Neubels infolge der bereits erhaltenen Verlebungen nur mehr wenige Tage zu leben gehabt hätte. Da die Tat politischen Motiven entsprungen ist, wurden den Verurteilten die bürgerlichen Schranken nicht überlassen. Die Angeklagte Chrhardt erhielt sechs Monate Gefängnis.

Kommunistischer Überfall auf eine sozialdemokratische Wählerversammlung.

Berlin, 23. März.

Wie der "Vorwärts" meldet, kam es gestern in Walsum bei Hamm (Ruhrkreis) in einer von den Sozialdemokraten einberufenen Wahlversammlung zu Zusammenstößen mit anwesenden Kommunisten, bei denen viele Personen schwer verletzt wurden. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schlüchtmann, der in der Versammlung sprechen wollte, wurde durch einen Messerstich verletzt. Das Versammlungslässt bildete ein Trümmerfeld. Nicht ein Tisch oder Stuhl ist ganz geblieben.

Rundfunk und Politik.

Berlin, 23. März.

In der Presse wird wegen Veröffentlichung der gestern veröffentlichten Erklärung der deutsch-nationalen Fraktion durch den Berliner Rundfunk Weitwelle berichtet, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nach wie vor die Ausschaltung, daß der Rundfunk als überparteiliche

Neue kommunistische Beweisanträge im Tschetsch-Prozeß.

Leipzig, 23. März.

Am 28. Verhandlungstag des Tschetsch-Prozesses verließ Rechtsanwalt Wolff einen Beweisantrag, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Kommunistische Partei niemals die Wirklichkeit hatte, die Regierung zu stützen, sondern nur einen Putsch von rechts zu begegnen, der immer zu befürchten war und auch noch bis in die jüngste Zeit zu erwarten ist.

Er erachtet, als Beweismaterial die Akten des Staatsgerichtshofes gegen Chrhardt,

v. Jagow, Rohrbach, Tschetsch, die Organisation Consul usw., sowie auch die des Münchener Volksgerichts gegen Hitler heranzuziehen.

Die Rechtsorganisationen verfügen heute noch über etwa 100 000 Gewaltzettel, welche in engster Beziehung zur Reichssicherheit stehen. Diese sollen unter Abschluß der Reichstagswahl eine ganze Anzahl Schriftsätze zur Verbreitung kommen.

erner beantragt Rechtsanwalt Wolff etwa 30 neue Zeugen,

u. a. v. Seestadt, Gehler, Severing, v. Rahtz-Wünsche, v. Löffel-Wünsche, Hiller, Lubendorff und Chrhardt zu laden.

Nachdem dem Vorsitzenden das Protokoll übergeben worden ist, erklärt dieser, daß darüber erst beraten werden muß.

Frau Rauch äußert sich ausführlich über die Wirkung an ihrem Gatten, ebenso der Schwager Watzke und die Zeugin Schulz. Rauch habe unmittelbar nach der Tat erklärt, Friedrich Poegle habe ihn erschossen wollen. Für die Familie hätte er trotz seiner hohen Einschätzung gehofft, sobald sie angelangt gekommen wären. Frau Rauch erklärt weinend, er sei auch leichtsinnig gewesen.

Es werden dann nochmals die Zeugen v. Berg und Hans vernommen, sowie der Landgerichtsrat Schneider und der Kriminalkommissar Dauer, die die Widersprüche der beiden ersten Zeugen aufzuhellen versuchen.

Während der weiteren Ausführungen des Zeugen kommt es wiederholt zu Zusammensätzen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden.

Rechtsanwalt Dr. Wolff bemerkt, daß durch alle diese Unruhen nicht bewiesen werde, daß die Organisation dem bewaffneten Aufstand diente, anstatt der Abwehr faschistischer Putschverschwörung der Verhandlung Dienstag.

Stelle sich jeder parteipolitischen Auseinanderziehung zu enthalten hat. Mit dieser Auffassung steht die Verkettung der oben genannten Gefangen durch den Mundfunk in Einklang.

Das Urteil im Schiffbedecker-Kommunistenprozeß.

Altona, 23. März.

Im Schiffbedecker-Kommunistenprozeß wurde heute vor der großen Strafkammer das Urteil gegen die 27 Angeklagten verhängt. Die Führer Stanislaus Smitska und Werner wurden zu je fünf Jahren Gefängnishaft und 500 M. Geldstrafe, Wolter zu vier Jahren Gefängnishaft und 400 M. Geldstrafe, Gild-

strafe, Soldner zu drei Jahren Gefängnishaft und 300 M. Geldstrafe und Kampczinski zu drei Jahren drei Monaten Gefängnishaft und 200 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu neun Monaten und Geldstrafen von 150 bis 50 M. verhängt. In der Urteilsergänzung wurde hervorgehoben, daß es sich um ein hochverratliches Unternehmen handele, um die bestehende Regierung zu stützen.

menschlich behandelt. Im einzelnen sollt Geuge, nach seiner Überzeugung seien Reumann und Spiegel.

Er habe niemals von sich aus irgend jemand belastet, sondern sei bestrebt gewesen, alle Verantwortung auf sich zu nehmen. Seine Angaben habe Reumann zuhängig und sachlich sowie mit sehr ausgeprägtem Wahnsinnsliebe gemacht. Er habe auch streng zwischen seinen eigenen Wahrnehmungen und den Schlussfolgerungen unterschieden.

Geuge lädt fort:

Reumann sowie auch Poegle Aussagen seien voll bestätigt worden durch die Ergebnisse der Durchsuchungen in den kommunistischen Fraktionsbüros im Reichstag und Landtag am 19. Juli 1924 sowie durch die Auflösung der Reichssicherheitszentrale in der Thomaskirche in Berlin-Mitte am 7. Oktober.

Es sei eine große Anzahl von Schriftstücken gefunden worden, die beweisen, daß die M-Aktion mit der Gruppe Hans Peters in Verbindung stand.

Auch der Ausdruck Tschetsch sei in den Akten der Partei selbst gebraucht worden.

Ähnlich die Angaben über die militärische Organisation der Partei seien voll bestätigt worden.

z. B. durch die Beschlüsse des Politischen Bureau vom 24. Dezember 1923. Aus anderen Schriftstücken geht hervor, daß der Russe Helmuth der Leiter der Abteilung 12 (Abteilung) gewesen sei.

Besonders beweisstichtig für die Glaubwürdigkeit der Angaben Reumanns seien die in der Reichssicherheitszentrale gefundenen Dokumente.

Es werden dann nochmals die Zeugen v. Berg und Hans vernommen, sowie der Landgerichtsrat Schneider und der Kriminalkommissar Dauer, die die Widersprüche der beiden ersten Zeugen aufzuhellen versuchen.

Während der weiteren Ausführungen des Zeugen kommt es wiederholt zu Zusammensätzen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden.

Rechtsanwalt Dr. Wolff bemerkt, daß durch alle diese Unruhen nicht bewiesen werde, daß die Organisation dem bewaffneten Aufstand diente, anstatt der Abwehr faschistischer Putschverschwörung der Verhandlung Dienstag.

Stelle sich jeder parteipolitischen Auseinanderziehung zu enthalten hat. Mit dieser Auffassung steht die Verkettung der oben genannten Gefangen durch den Mundfunk in Einklang.

Das Urteil im Schiffbedecker-Kommunistenprozeß.

Altona, 23. März.

Der Korrespondent des "Soc. Preßdienstes" in London erfährt, daß die vielberühmte Meldung der "Daily News", wonach der deutsche

Botschafter in seiner jüngsten Unterredung mit Chamberlain der englischen Regierung ein längeres Memorandum überreicht hat, richtig ist.

Noch keine Klärung der Lage. Nur unverbindliche Verhandlungen zwischen Paris und London.

London, 23. März.

Neuer erfaßt aus ununterrichteter Brüderlichkeit, daß für die verschiedenen Meldeungen, die am Schluß der vergangenen Woche in englischen und ausländischen Blättern erschienen waren, zufällig auf die Verhandlungen zwischen der Regierung Großbritanniens und anderen Regierungen über die allgemeine Lage bezogen, keine Bestätigung zu erhalten sei. Es wird bemerkt, daß die Berichte über die Verhandlungen fast übertrieben seien und daß es falsch sei, anzunehmen, daß bereits irgendwelche Entwicklungen in Vorbereitung seien. Alle diese Befürchtungen hätten ganz allgemeinen Charakter. Was Deutschland betrifft, so werde erklärt, britischerseits in Deutschland kein Angriff erwartet werden, es möge keinen Eintritt in den Böllerburg seine Bindungen stellen. Für die Gerüchte, daß Deutschland bereits angekündigt habe, es sei bereit hierzu, steige indessen keinerlei Bedeutung vor.

Neue Instruktionen für Fleurius.

Paris, 23. März.

Der französische Botschafter in London, Ch. Fleurius, ist heute abend von Herricot, der den Sonntag auf dem Lande verbracht hat und nachmittags nach Paris zurückgekehrt ist, nochmals empfangen worden. Vorher hatte er eine längere Unterredung mit dem Direktor des Außenministeriums, Schoua. Fleurius wird morgen mit neuen Instruktionen nach London zurückkehren.

Hoch bleibt Präsident des interalliierten Militätkomitees.

Paris, 23. März.

Die seit zwei Tagen in Paris konferierende Kommission, nach denen Marschall Hoch gestrichen haben soll, seine Demission als Präsident des interalliierten Militätkomitees in Versailles zu geben, weil von der offiziellen Seite bestrebt worden sei, das von dem Komitee zu erstattende Gutachten zu dem Freiheit der Kontrollkommission aus politischen Opportunitätsgründen zu beeinflussen, wird heute offiziell demontiert. Innerhalb wird angegeben, daß Marschall Hoch an der Aufarbeitung dieses Gutachtens bisher nicht aktiv teilgenommen habe, so heißt es in dem halbjährlichen Kommentar, nach der Rückkehr von einer nach Südbritannien unternommenen Reise Gelegenheit erhalten, den Entwurf, mit dessen Redaktion das Komitee angenehmlich beschäftigt ist, zur Kenntnis zu nehmen.

Neue Verzögerung der Veröffentlichung des Kontrollberichts.

London, 24. März.

Der diplomatische Berichterstatter des "Telegraph" erfaßt, die alliierten Regierungen seien endlich über die neuen Verhandlungen der Arbeitskommission einverstanden, die dem Versailler Militärausschuß von der Sotschafertonferenz beigelegt werden. Der militärische Berichterstatter wird, so heißt es in dem halbjährlichen Kommentar, nach der Rückkehr von einer nach Südbritannien unternommenen Reise Gelegenheit erhalten, den Entwurf, mit dessen Redaktion das Komitee angenehmlich beschäftigt ist, zur Kenntnis zu nehmen.

Großer Gewinn für den Rennsteig.

London, 24. März.

Der diplomatische Berichterstatter des "Telegraph" erfaßt, die alliierten Regierungen seien endlich über die neuen Verhandlungen der Arbeitskommission einverstanden, die dem Versailler Militärausschuß von der Sotschafertonferenz beigelegt werden. Der militärische Berichterstatter wird, so heißt es in dem halbjährlichen Kommentar, nach der Rückkehr von einer nach Südbritannien unternommenen Reise Gelegenheit erhalten, den Entwurf, mit dessen Redaktion das Komitee angenehmlich beschäftigt ist, zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

Der Rennsteig ist ein beliebtes Ziel für Touristen, die nach dem Rennsteig am 25. März, findet, sich zu bewegen.

G. F. Händels Trauermusik als Deutsches Psalmen-Requiem,

bearbeitet von Gerhard v. Reußler, hört man in der Dreifaltigkeitskirche in einer vom Münchener Händelverein veranstalteten Aufführung, die um so mehr besucht hätte sein sollen, als sie einen recht bestehenden Verlauf nahm und riesenhafte Eindrücke hinterließ. Reußler's Bearbeitung erfreut sich in der Hauptstadt darauf, der auf den Tod der englischen Königin Caroline komponierte hymne, die mit Worten des Bibel das Andenken feierte, einen dieses persönlichen Charakters entstießen. Legt zu geben. Und so legte Reußler die Musik, deren Wert man schon im Ausgang des XVIII. Jahrhunderts in Deutschland ungeachtet einer unglaublichen Legitimation zu würdigen verstand, aus den Psalmen andere Worte unter, um man darf wohl sagen, daß dies im allgemeinen in einer den feinfühligen Musiker befriedigenden glücklichen Weise geschah. Eigentlich nur im Schlusselfeld des Werkes, der in milden Tönen ausläuft, wollten Musik und Worte nicht recht harmonieren. Zum Abreisen aber, wie gesagt, hatte man den Eindruck, daß diese Bearbeitung durchaus am unterhaltsamen Stande sei und ließ denn also die beiden Schönenheiten, die wunderbare erste Weise, von der diese Musik erfüllt ist, die Totenklage, wie die Glorienseite, erhebend auf sich einholen. — Paul Engler, der Leiter des zärtig ansprechenden Münchener Händelvereins, verdient doppelten Dank für diesen Abend, als Anzahl für das Werk, wie als Dirigent. Bei seinem trefflichen dirigierenden Stil hatte er den Schönenheiten, die Worte und die Melodie in einem wundervollen Gleichgewicht aufeinander abgestimmt, so daß man die Wirkung des Werkes nicht verfehlte. —

der Orgel Konzertdirektor W. Börrmann. Noch einmal auf das Werk zurückzukommen, so möchte Reußler sich, daß man es nicht zum ersten und letzten Male gehört hätte. Eine Wiederholung zu geeigneter Zeit — Totensonntag — dürfte sich lohnen.

Gandhi. Der Biograph der "Drei großen Jäger": Mahatma Gandhi (den John Dagnes Holmes, der Leiter der "Gemeinschaftliche Kirche" in New York, für den "größten Mann der Gegenwart" erklärt). Als der Münchener Friederichsverein die gesamte National- und Weltbewegung Indiens, als den führenden Teil der national-indischen Bewegung verachtete, einen dieses persönlichen Charakters entstießen. Legt zu geben. Nicht so sehr als den großen Menschen, von dem die Gesamtbewegung der Rasse gegenwärtig, wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber dem Patrios schafft), wenn er Schutz und fast eine Art Heiligung der Rasse preist und die alte Weltordnung abweichen will, wenn er die Kosten einzustellen bis zu einem gewissen Grade aufzudecken will (ob er gleich die menschenfeindliche Einstellung der Rasse gegenüber

Kommision übermittelt werden soll. Die Besuchskonferenz werde möglichstens heute oder morgen stattfinden. — "Daily News" zufolge deuten alle Anzeichen darauf hin, daß eine weitere Verzögerung der auf der Grundlage des Urteils der Kontrollkommission vorzunehmenden Aktion vorläufig geplant werde.

Paris, 24. März.
Prof. Victor Basch spricht sich in der bewilligten "Republique" gegen den Plan aus, die Kontrolle des Völkerbundes zu verschließen. Schreibt:

Deutschland habe das Recht, zu fordern, daß die Frage der Räumung der Kölner Zone geregelt werde, und daß es erfahre, welche Verschulden ihm bei der Entwaffnung zum Vorwurf gemacht werden und was man noch von ihm fordere. Hierüber müßten sich vor allem Deutschland und England verständigen und sie müßten auch gleichzeitig bestimmen, ob, wenn die Kölner Zone geräumt werde, die Alliierten über sie ein kländiges Kontrollrecht ausüben. Über dieses zweite Problem müßten entschieden werden nach Wunschkarte und Geist des Friedensvertrages. Deutschland sei verpflichtet, die Kontrolle zu erlauben, die gefordert sei. Über Frankreich habe nicht das Recht, ein Übermaß von Besuchsmöglichkeiten zu fordern, die der Vertrag ihm nicht zubilligt.

Kein italienisches Bündnisangebot an England.

London, 23. März.
Im Auswärtigen Amt wird die sensationelle Pariser Meldung, wonach Mussolini England eine Allianz unter Aussluß Frankreichs angeboten hat, als absurd abweichen. Ein Übereinkommen mit dem Bündnispartner ist nicht geprägt.

Amerika und die Sicherheitsverhandlungen.

London, 24. März.
Wie die "Times" aus Washington melden, habe das Staatsdepartement bisher noch keine Schritte bezüglich der europäischen Sicherheitsverhandlungen unternommen. Es sei wahrscheinlich, daß Goodridge in dieser Woche beginnen werde, mit Kellogg die europäischen Entwicklung und Möglichkeiten zu erwägen und Vorschläge für eine Flottenabtäuschungskonferenz zu machen. Es seien jedoch bisher keinerlei Anbewegungen erfolgt.

Die Danziger Briefmarkenfaire vor dem Haager Schiedsgericht.

Genua, 23. März.
In seiner letzten Tagung hat der Völkerbundsrat beschlossen, dem ständigen internationalem Gerichtshof im Haag zwei Sitzungen zur Anklageaburkung zu unterstellen. Die eine bezieht sich auf die Differenz zwischen Danzig und Polen wegen des politischen Polizeikontakts in Danzig. Angehörige der Bedeutung der Angelegenheit hat der Völkerbundsrat den ständigen internationalen Gerichtshof gebeten, sich persönlich mit ihr zu beschäftigen, damit der Rat in seiner Tagung im Juni Kenntnis von der Ansicht des Gerichtshofes nehmen kann. Der Vorsitzende hat hierauf den Gerichtshof auf den 14. April 1925 zu einer neuen außerordentlichen Tagung einberufen. Die gegenwärtige außerordentliche Tagung wird am 26. März geschlossen werden. Die zweite Frage bezieht sich auf die den Völkerbundsrat gerichtete Beschwerde der griechischen Regierung wegen der Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel.

Überfall im Prager Deutschen Haus.

Prag, 23. März.
Der bei den gestrigen Ausschreitungen der Faschisten im Deutschen Haus verhaftete Fabrikarbeiter Otto Javurek wurde, wie die Polizeiressorten melden, dem Landesstrafgericht überwiesen. Gleichzeitig wurde Strafanzeige erstattet gegen die weiteren Teilnehmer an den Ausschreitungen, nämlich den Agenten Kovar, die gewisse Verantwortliche und den Oberlehrer Joseph Berka, die aber vorläufig auf freiem Fuß belassen wurden. Die Angelegenheit wird weiterhin streng untersucht.

Sämtliche Blätter verurteilen das Vergehen der Faschisten. So schreibt "Gute Stube": Aber das "Heldenstückchen der Schwarzbündler", diese Maschine habe neben der Verhängung der unsinnigen Schwarzkaben einzusehen Folgen. Der "28. Februar" wünscht eine Abrechnung von den Elementen, welche die Faschisten nicht dulden und sagt: Mit einem ähnlichen Fabrikatmäßigem Aufstreiten wollen wir nichts gemeinsam haben. Seien die nationaldemokratischen Männer neuerdings die Faschisten. Stellung. So sagt "Wort und Wohl" in ihrem Urteil, daß sich vor dem Deutschen Haus viel neugieriges Publikum angesammelt habe, das das gewalttätige Verhalten der Faschisten bewußt sei. "Rano" schreibt über ein "Zimmer voller Schädel nach dem Rausch der italienischen Feindseligkeiten". Die Prager Presse vergleicht den Verlust auf das Deutsche Haus unter dem

Titel "Dunkle Helden": Die dunkle Horde schreibt das Blatt, die das Schneegestöber am gestrigen Sonntag vormitag dann mißbraucht hat, sich in die Restaurationräume des Deutschen Hauses zu schleichen, um "sprachentzündend" dort herumzuhören, ist von den überallseinen Studenten mit wohlverdienten Gaben empfangen worden. Neben den männlichen Reden hat auch eine französische Amazonie ihr ebenso dunkles wie französisches Heldenamt besetzt.

Der Streit um die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Singapore.

London, 23. März.
Im Unterhaus erklärte bei einer Debatte über Singapore Macdonald, die Errichtung eines Marinestützpunktes an dieser Stelle werde; das Reich nicht rütteln, sondern im Gegenteil schwächen, weil dadurch die kriegerischen Interessen der Welt wieder verstärkt würden. Wenn erklärt worden sei, daß der Stützpunkt in Singapore nötig sei, um die „Weiße Politik“ Australiens aufrecht zu erhalten, so folge das mit anderen Worten, daß hieraus ohne Zweifel ein bewaffneter Konflikt zwischen Australien und Japan entstehen werde, da sich Australien weisentlich der Einwanderung von Japanern widerstehen werde. Bei man aber dieser Ansicht, so darf Bradfieldman diese Auszubereitungen doch nicht als Schritt im Interesse der Sicherheit des britischen Reiches hinstellen.

Mussolini widerlegt die Gerüchte über seine Erkrankung.

Rom, 23. März.
Am Sonntag, dem Jahrestag des Faschismus, hielt Mussolini vom Balkon des Palazzo Chigi eine lange Rede, die er als eine Widerlegung der vielfältigen Gerüchte über seine Gesundheit bezeichnete.

Wahl Baglul Paschas zum Kammerpräsidenten.

Auslösung des Parlaments.

London, 23. März.
Das ägyptische Parlament hat den Führer der Opposition Baglul Pascha mit harter Majorität zu seinem Präsidenten gewählt.

Baglul Pascha war nach der Ernennung des englischen Generals Stark auf Drängen der Engländer vom König als Ministerpräsident abberufen worden und an seine Stelle war Biwar Pascha, der Vertreter der Nachgebildeten gegenüber der englischen Herrschaft, an die Spitze der Regierung getreten. Die Baglul-Pascha-Partei hat den Wahlkampf mit der Parole: Befreiung der Regierung! geführt. In Londoner politischen Kreisen ist man über den Erfolg Bagluls sehr enttäuscht.

Wie Reuter später aus Cairo meldet, hat das ägyptische Ministerium infolge der

Wahl Baglul zum Kammerpräsidenten seine Entlassung eingereicht. Der König hat jedoch die Entlassung abgelehnt, worauf das Parlament aufgelöst wurde.

Weiter meldet Reuter zur Auflösung des ägyptischen Parlaments: Die Kammer war damit beschäftigt, ihre Burocracy zu wählen, als plötzlich 7 Uhr 45 Min. die Türen aufslogen und Ministerpräsident Biwar Pascha gefolgt von den Ministern eintrat. Er schrie, sich setzte, und dem Präsidenten ein Zeichen gab, daß er zu sprechen wünsche. Dann verlas er das Dekret, durch welches das Parlament für aufgelöst erklärt wird. Baglul Pascha stand wie zu Stein verwandelt.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 23. März.
Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simonov ist heute 11 Uhr 17 Min. vormitags aus Leipzig in Berlin eingetroffen. Er stattete gleich darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab und empfing gegen 12 Uhr den Reichskanzler.

Am 22. März fand hier eine Tagung der Fachgewerkschaft der Eisenbahnerstationen, Schaffner, Kuriéghäfen und Magazinbeamten statt um über die auf der Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnerbeamten und -angestellten am 27. und 28. Januar beschlossene Einheitsorganisation mit dem Deutschen Eisenbahnverband zu beraten. Von den 42 Delegierten sprachen sich 20 für die Einheitsorganisation aller Eisenbahner und 15 dagegen aus. 7 Delegierte enthielten sich der Stimme, sind aber Anhänger der Einheitsorganisation. Am Anschluß an diese Tagung wurde noch am gleichen Tage die Faschgruppe der Stationschäffner, Magazinbeamten und Kuriéghäfen in der Einheitsorganisation beschlossen.

Athen, 23. März.
Bei den am Sonntag erfolgten Stadtratswahlen in Athen erhielten die Sozialisten die absolute Mehrheit mit 64 von 125 Sitzen.

Der Buchdruckerstreit dauert an. Die Buchdrucker fordern eine Lohnhebbung von 50 Proz. Nur die kommunistische Zeitung erscheint wie gewöhnlich. Für die übrigen Zeitungen wird ein gemeinsames Blatt herausgegeben werden.

Rostock, 23. März.
Ein von Tiflis nach Suhum fliegendes Flugzeug geriet unweit Tiflis in Brand und stürzte ab. Dabei sind ums Leben gekommen: Misnlow, Mitglied des Präsidiums des zentralen Zentralkomitees der Sowjetunion und Mitglied des Kriegskomitees der Union, Begründer des Volksrates der transkaukasischen Föderation, junger Mogilewski, Vorsitzender der außerordentlichen Kommission Transkaukasiens, junger Karbelski, Botschaftsträger der Vol. und Telegraphenkommission der Sowjetunion für Transkaukasien; außerdem zwei Flieger, Spiel und Sagoradze. Die verunglückten Mitglieder der transkaukasischen Regierung hatten sich im Flugzeug nach Suhum begaben, um an der Gründung des Sowjetongresses der

Republik Abchasien teilzunehmen. In Transkaukasien wurde eine vierjährige Trauer verkündet.

Dresden.

* Reichspräsidentenwahl. Für die auf Sonntag, den 29. März, festgelegte Reichspräsidentenwahl in die Stadt Dresden in 299 Stimmbereiche eingeteilt worden. Die Abstimmungszeit dauert von 9 Uhr vormitags bis 6 Uhr nachmittags. Die Einteilung der Stimmbereiche, die Abstimmungsraume für die einzelnen Stimmbereiche und die Namen der Abstimmungsbezirke und ihrer Stellvertreter sind auf den Bekanntmachungen zu erkennen, die in den einzelnen Stimmbereichen an den öffentlichen Anschlagtafeln angebracht sind. Die Stimmbereiche werden wie bei der Reichstagswahl amtlich bestimmt und am Wahltag im Abstimmungsraum zugleich mit den Stimmbereichsnummern der Stimmberechtigten ausgeschlagen. Andere als die amtlich bestellten Stimmbereiche sind ungültig. Die amtlichen Stimmbereiche enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge. Unter dem Namen des nicht aufgeführten Anwaltes schließt sich ein freigelaufener Raum (ein freies Feld) an. Der Stimmberechtigte kennzeichnet bei der Wahl in dem abgesonderten, gegen Sicht geschlossenen Nebenraum auf dem Stimmbereich durch ein Kreuz, obwohl durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Anwalt er seine Stimme geben will; das + innerhalb des vorgetragenen Kreises ist die beste Kennzeichnung. Will der Stimmberechtigte seinem der vorgeschlagenen Anwalt seine Stimme geben, so schreibt er den Namen der Person, der er seine Stimme geben will, auf den Stimmbereich in das hierzu freigelaufene Feld, dann sieht er den Stimmbereich im Nebenraum in den Umschlag und überträgt hinaus diesen dem Abstimmungsvorsteher, der ihn in die Stimme legt. Stimmbereich, die den vorliegenden Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig. Anträge auf Ausstellung von Stimmbereichen werden nur bis Freitag, den 27. März, nachmittags 3 Uhr im Wahl- und Altenamt, Landhausstr. 17, Edg., entgegengenommen.

* Umweltenerhebung. Vom 1. April ab geht die Beurkundung und Erhebung der Umweltsteuer für das gesamte Dresdner Stadtgebiet auf die Finanzämter über. Wegen der Überlebensarbeiten werden am 30. und 31. März das Umlaufsteueramt und die Umlaufsteuerkasse Schwerstraße 46 nur für die Erledigung der dringendsten Geschäfte offen gehalten. Das Postamtamt des Umlaufsteueramtes — Postamtamt Dresden Nr. 1490 — und das Kons. Nr. 8900 des Umlaufsteueramtes bei der Stadtbank — Stadtglocke — werden am 31. März geschlossen. Überweisungen auf diese Konten dürfen daher vom 1. April ab nicht mehr erfolgen, vielmehr sind alle Zahlungen auf Umweltsteuer ausschließlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt zu leisten. Insofern das städtische Vollredaktenamt wegen südlicherer Umlaufsteuer mit der Einsicht beauftragt ist, haben die Zahlungen an dieses zu erfolgen.

* Bekanntmachungserhebung. Vom 1. April ab geht die Bekanntmachung und Erhebung der Umweltsteuer für das gesamte Dresdner Stadtgebiet auf die Finanzämter über. Wegen der Überlebensarbeiten werden am 30. und 31. März das Umlaufsteueramt und die Umlaufsteuerkasse Schwerstraße 46 nur für die Erledigung der dringendsten Geschäfte offen gehalten. Das Postamtamt des Umlaufsteueramtes — Postamtamt Dresden Nr. 1490 — und das Kons. Nr. 8900 des Umlaufsteueramtes bei der Stadtbank — Stadtglocke — werden am 31. März geschlossen. Überweisungen auf diese Konten dürfen daher vom 1. April ab nicht mehr erfolgen, vielmehr sind alle Zahlungen auf Umweltsteuer ausschließlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt zu leisten. Insofern das städtische Vollredaktenamt wegen südlicherer Umlaufsteuer mit der Einsicht beauftragt ist, haben die Zahlungen an dieses zu erfolgen.

* Bekanntmachungserhebung. Vom 1. April ab geht die Bekanntmachung und Erhebung der Umweltsteuer für das gesamte Dresdner Stadtgebiet auf die Finanzämter über. Wegen der Überlebensarbeiten werden am 30. und 31. März das Umlaufsteueramt und die Umlaufsteuerkasse Schwerstraße 46 nur für die Erledigung der dringendsten Geschäfte offen gehalten. Das Postamtamt des Umlaufsteueramtes — Postamtamt Dresden Nr. 1490 — und das Kons. Nr. 8900 des Umlaufsteueramtes bei der Stadtbank — Stadtglocke — werden am 31. März geschlossen. Überweisungen auf diese Konten dürfen daher vom 1. April ab nicht mehr erfolgen, vielmehr sind alle Zahlungen auf Umweltsteuer ausschließlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt zu leisten. Insofern das städtische Vollredaktenamt wegen südlicherer Umlaufsteuer mit der Einsicht beauftragt ist, haben die Zahlungen an dieses zu erfolgen.

* Auflösung der Abteilung für Ausbeutung unterliegender Arbeitsschlundes. Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgebung teilt und mit, daß die Abteilung für Ausbeutungunterliegende, Hauptstraße 5, II, am 31. März aufgelöst wird. Die Unterstützungsabteilung der Ausbeuter werden vom 1. April ab in der gleichen Weise erledigt, wie für alle übrigen Betrieblosen. Die Ausbeuter haben sich vom 1. April ab mit einer Bescheinigung ihrer Firma über den Zeitpunkt und Grund des Ausbeutes in den Aufnahmestellen anzumelden, für männliche Räste Breite Straße, Ecke Wallstraße, Halle 2, für weibliche Räste Eingang Ringstraße gegenüber der Deutschen Bank, Halle 4. Die Ausbeuter werden gebeten, beim Ausbeuter im großen Umfang dem Arbeitsnachweis möglichst zeitig vorher Kenntnis zu geben, damit die Vorarbeiten für die Unterstützungsabteilung erledigt werden können. Alle weiteren Ausbeuter erledigen die Unterstützungsstellen des öffentlichen Arbeitsnachweises Dresden und Umgebung, Wittenstraße 17, Telefon 26881.

* Aufsichtsbehörde der Postämter und Dienststellen in Gartenform. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: In den Betriebsstätten bestehen anscheinend noch Unklarheiten darüber, inwieweit der Abnehmer über die Aufsichtsbehörde der Postämter und Dienststellen in Gartenform verfügen kann. Nach den Bestimmungen der Postordnung muß bei diesen Betriebsstätten gegenständen mindestens die rechte Hälfte der Aufsichtsseite frei sein von allen sich nicht auf die Besförderung beziehenden Anzügen. Die Bezeichnung des Abnehmers ist hierauf auf der linken Hälfte der Aufsichtsseite anzugeben. Die Aufnahmestellung, monatlich bei Postämtern und Dienststellen in Gartenform mit getrennter Aufsichtsseite, deren linke Hälfte mit Notwendigkeiten verwendet ist, im inneren Bereich darüber hinweggeschoben werden kann, wenn die rechte Hälfte der Aufsichtsseite für die Abförderungsgröße missbraucht worden war, ist mit Wirkung vom 31. Dezember 1924 aufgehoben worden. Sendungen, die den vorliegenden Bedingungen nicht entsprechen, werden nicht befördert.

* Brandversicherungsbeteilige. Für die Gebäudeversicherung wird am Aprilbeginn 1925 ein

Eine vollendet gelungene Symphonie

von Geschmack und Aroma finden Sie im Genuss unserer soeben zur Einführung gelangenden leichten, aber feinen

Adagio-Zigarette

5 Pfg. d. Stück. Prima 10 Pfg. d. Stück.

Daneben empfehlen wir Rauchern, welche eine würzig-aromatische Zigarette bevorzugen, unsere **Salem Aleikum** und **Salem Gold** Zigarette
4-15 Pfg. das Stück.

Oriental Tabak- u. Cigarettenfabrik
Yenidze-Joh. Hugo Zietz Dresden

6612

Beilage zu Nr. 70 der Sächsischen Staatszeitung Dienstag, 24. März 1925.

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 205 des hierigen Handelsregister ist die Firma Gustav Jäger & Co. in Goldbach, heute eingetragen worden, daß der Gesellschafter Kurt Endres ausgeschieden ist. 6634

Amtsgericht Goldbach, 20. März 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 324 bei der Firma Arthur Siebold in Oberbach: Alle vertrieb. Wahr geb. Siebold im Oberbach ist ausgeschieden; die Erbengemeinschaft ist aufgelöst; Hans Gummelius verw. Siebold geb. Gräfe in Oberbach führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein weiter; 6636
2. auf Blatt 609 die offene Handelsgesellschaft in Firma K. Reichelt & Co. in Krugendorf; Gesellschafter sind der Holzhändler Adolf Robert Reichelt und der Kaufmann Oskar Richard Ulrich, beide in Krugendorf; die Gesellschaft ist am 1. März 1925 errichtet worden. (Angiebener Geschäftszweck: Handel mit Rohholz u. Baumaterial.)

Amtsgericht Oberbach, 21. März 1925.

Auf Blatt 164 des Handelsregister ist die Firma Reichard Kurth in Seeger betr. ist heute eingetragen worden:

Der Kaufmann Karl Moritz Einert in Seeger ist ausgetreten. Das Handelsgeschäft ist von der Firma C. A. Koscher Nachf. Aktiengesellschaft in Krugendorf (Dres. Leipzig) läufig erworben worden. Die Gesellschaft darf nicht für die im Betriebe des Gesellschafters das bisherige Inhaber vergrößerten Verbindlichkeiten, es gehen auch nicht im Wege des Gesellschafts begleitenden Forderungen auf sie über. 6623

Die Firma lautet fünftig: C. A. Koscher Nachf. Aktiengesellschaft, Betrieb Seeger.

Amtsgericht Schremsiedersdorf, am 20. März 1925.

Folgende im Grundbuch für Seiersdorf auf den Namen des am 9. November 1923 verstorbenen Holzhändlers Friedrich Robert Buchheim in Seiersdorf eingetragenen Grundstücke sollen zur Aufhebung der Erbengemeinschaft am 20. Mai 1925, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden: 1. Das Wohnhaus mit Hofzaun und Wagenhützen Blatt 38, nach dem Flurbuche 2,7 Hektar groß, auf 800 RM. geschätzt; 2. das der Landwirtschaft und dem Viehhandel dienende Wohngebäude nebst zwei Scheunen mit genügenden Stallungen für 8 Stück Strohvieh und vier Schweine sowie Obstgärten, Feld und Baugebiet Blatt 96, nach dem Flurbuche 90 Hektar, mit Zubehör auf 12 000 RM. geschätzt; 3. das, das zum Teil bestellte Feld Blatt 111, nach dem Flurbuche 1 Hektar 90,6 Hektar groß auf 3000 RM. geschätzt. Die drei Grundstücke stehen in wirtschaftlichem Zusammenhang und sind als Gesamtzeit mit Zubehör geschätzt auf 17 000 RM. (Za 1/25)

Amtsgericht Grimma, 18. März 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 561, die Firma Gustav & Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Spittlauersdorf betr., eingetragen worden:

Die Gesellschaftsversammlung vom 1. Dezember 1924 hat die Umstellung des Stammkapitals auf Reichsmark durch Erhöhung des Stammkapitals auf vierzehnzigtausend Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 1. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 5, 9 und 12 abgeändert worden. 6628

Amtsgericht Großschönau, am 16. März 1925.

Auf Blatt 348 des Handelsregister, die Kammer Braunschweig-Lüneburg Aktiengesellschaft in Kamenz betr. ist heute folgendes eingetragen worden: In der Generalversammlung vom 30. Dezember 1924 ist beschlossen worden, das Stammkapital von 12 000 000,- Papiermark auf 233 000 Reichsmark unter den im Verhältnis angegebenen Bemessungen zu erhöhen und es sind demgemäß die §§ 4, 5 bis 1. letzter Satz, 29 Satz 1 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden (zu vergl. Bl. 161 der Registeraten). 6635

Amtsgericht Kamenz, 9. März 1925.

Über das Vermögen des Kaufmanns Albert Ernst Müller, Inhaber der Firma Albert Müller in Meerane, wird heute am 20. März 1925, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Bonglo in Meerane wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 16. April 1925

bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beurteilung fassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Vermaltes sowie über die Belebung eines Gläubigerausschusses und eintretendensfalls über die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Vegen-

den 17. April 1925, vor mittags 10 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 2. Mai 1925, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichtstermin anberaumt.

Eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nicht an den Gemeindeschulden verfolgen

aber leisten, muss auch den Besitz der Sache und

die Forderungen, für die er aus der Sache ab-

gesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkurs-

verwalter bis zum 1. April 1925 anzeigen. 6630

Amtsgericht zu Meerane.

In das hierige Handelsregister ist heute ein-

getragen worden:

a) auf Blatt 1142, die Firma W. & h. Schmidleiter Aktiengesellschaft in Meerane betr.: Die Generalversammlung vom 10. März 1925 hat die Erhöhung des Grundkapitals auf fünfzehntausend Reichsmark eingetragen in 500 Stück auf den Namen lautende Stammmatrikel von je zwanzig Reichsmark und in fünfzehntausend auf den Inhaber lautende Stammmatrikel von je zwanzig Reichsmark eingetragen in 500 Stück auf den Namen lautende Stammmatrikel von je zehn Reichsmark zerfallend, ermäßigt worden; die Erhöhung ist erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 2 sowie in § 13 durch den gleichen Beschluss laut Notariatsprotokoll von demselben Tage abgeändert worden;

b) auf Blatt 1167 die Firma Aerojet-Werk Meerane Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Meerane, sowie weiter: Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Februar 1925 abgeschlossen und am 9. März 1925 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Wagenverbauteilen, von Holzwaren, von Maschinen und Zuschotterteilen. Zur Erfüllung dieses Zweckes ist die Gesellschaft gegründet, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an Betrieben zu beteiligen oder deren Betriebe zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt vierzehntausend Reichsmark. Zum Geschäftsführer ist der Maschinenausbauer Hans Gustav Tetzner in Meerane bestellt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. 6629

Amtsgericht Meerane, 20. März 1925.

Im Handelsregister wurde heute auf Blatt 458, die Firma August Lürkowwerke Aktiengesellschaft in Weissen betr., eingetragen: Die Generalversammlung vom 5. Januar 1925 hat laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage die Abänderung des Gesellschaftsvertrages vom 18. Dezember 1919 und die Umstellung des Stammkapitals auf dreihundertfünfundfünftausend Reichsmark, zerfallend in neuntausendfünfhundert auf den Inhaber lautende Stammmatrikel zu vierzig Reichsmark und fünfzehntausend auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu zehn Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 1. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 5, 9 und 12 abgeändert worden. 6624

Meerane, 21. März 1925. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 80 des hierigen Handelsregister, die Aktiengesellschaft in Firma August Lürkowwerke Aktiengesellschaft in Weissen betr., ist heute eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist im § 13 Abs. 2 abgeändert worden, lt. Beschluss der Generalversammlung vom 12. März 1925. 6631

Amtsgericht Neustadt in Sachsen, den 21. März 1925.

Auf Blatt 241 des hierigen Handelsregister, die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Gustav Lautensack Fabrik Louis Reubert in Blumenau betr., ist heute eingetragen worden:

dieser Idee noch abwartend, ja feindselig gegenüber; trotzdem die Reichsverfassung starr und steif sagt: Die Deutung ist nach den Grundsätzen, die für die ganze Reich einheitlich zu rezipieren. Erfreulicherweise kommt Dr. Weizsäcker versichert, daß das Volkssbildungsinstitut diesen Altarposten unserer ländlichen Schulpolitik nicht fallen lassen will. Sobann ging der Redner auf die innere Arbeit des Deutschen pädagogischen Instituts ein. Die Erforschung des Bildungsprozesses nach jenen Vorauflagen und Grundlagen, nach seinen Ausprägungen und Ausdruck an, an den einzelnen und die Gemeinschaft, das eigene Durchdenken und Erarbeiten der Probleme der Geisteswissenschaften, das Verlangen, bei allem aber den ganzen Menschen zu leben, wie er im Leben steht und darin selbst verbüdet wird, und vor allem, daß Erkenntnisse der sozialen Grundlagen und das Erfüllen werden mit dem Gemeinschaftsgeist; das sind so die wichtigsten Aufgaben, denen sich die Studenten in Vorlesungen, Übungen und Beobachtungen an sich stellen und an den Kindern der Institutsschule, sowohl durch zeitweiliges selbständiges Arbeiten in Volksschulklassen unterzulegen.

Am Nachmittag sprach Professor Deitsch über das Thema: Um was es geht! Und geht es nach wie vor um die Totalität im Menschen, um die gesamte Volksbildung, um das Kind, welches in einem ungestopften Jugend in ein neues Volkseintritt. Nicht geht es um das Christentum, um den Bauern in konfessioneller Form. Der Sieg der Konfessionsschule würde niemals eine Einschließung bedeuten. Ein Unterricht, der sich gestrafft und läßt sich auf den kleinen Katholiken, die Bibel, welche und wieder gründet, ist überhaupt nicht mehr möglich. Dieses möchte ich hundert Jahren gelingen. Heute jedoch reicht es nicht mehr zu einem

Staat in Sachsen, Thüringen und Hamburg. Das neue Deutschland sowie die meisten Hochschulen lieben christlichen Christentum. Nun kann wohl befürchtet,

die Gesellschafter Louis Ewald Reubert und Max Bruno Reubert sind ausgeschieden.

Die Gesellschafter Paul Ernst Reubert und Georg Friedrich Reubert sind jetzt für sich zur Vertretung der Gesellschaft bereit.

Der Rechtsanwalt Dr. Bonglo in Meerane ist am 20. März 1925 eingetragen worden. 6632

Amtsgericht Überhau, 18. März 1925.

Auf Blatt 10362 des Handelsregister des Amts-

gerichts Leipzig, betreffend die Firma Käthe & Siebold, ist am 18. März 1925 eingetragen worden.

Die Gesellschafter Paul Ernst Reubert und

Georg Friedrich Reubert sind jetzt für sich zur

Vertretung der Gesellschaft bereit.

Der Rechtsanwalt Dr. Bonglo in Meerane ist am 20. März 1925 eingetragen worden. 6633

Amtsgericht Plauen, 21. März 1925.

Auf Blatt 401 des Handelsregister, Radium-

& Oberschläm-Schneeberg, Gesellschaft mit be-

schränkter Haftung in Oberschläm betr., ist heute

eingetragen worden: durch Beschluss der Ge-

sellschafterversammlung vom 28. Januar 1925 ist der

Gesellschaftsvertrag in den §§ 3, 24

und 31 abgeändert worden.

Der Rechtsanwalt Dr. Bonglo in Meerane ist am 20. März 1925 eingetragen worden. 6634

Amtsgericht Penig, 21. März 1925.

Auf das Handelsregister ist heute eingetragen

worin:

a) auf dem Blatte der Firma Siegeln-Alien-

gesellschaft Plauen in Plauen i. B. Nr. 4227:

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 20. November 1924 ist das Grundkapital auf neun-

und sechzigtausend neunhundert neunzig Reichsmark,

in dreihundert zweihundert zwei und vierzig auf

den Inhaber lautende Stammmatrikel von je zwanzig

Reichsmark und in fünfzehntausend auf den Namen

lautende Stammmatrikel von je zehn Reichsmark

zerfallend, ermäßigt worden; die Erhöhung ist

erfolgt; der Gesellschaftsvertrag ist dementspre-

chend in § 2 sowie in § 13 durch den gleichen

Beschluss laut Notariatsprotokoll von demselben

Tage abgeändert worden;

b) auf dem Blatte der Firma A. & C. Eben-

heim-Gesellschaft Plauen Gesellschaft mit be-

schränkter Haftung in Beiersfeld,

der Witwe Eva Marie Schiedrich geb. Lauden-

er in Beiersfeld,

des Bruders Leopoldo Schmid zur Bedienung

von Beiersfeld, 6635

Amtsgericht Schneeberg, 9. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen

1. der offene Handelsgesellschaft Emilien-

& Sangerwerke Beiersfeld Paul Schiedrich's Erben in Beiersfeld,

2. der Witwe Eva Marie Schiedrich geb. Laud-

er in Beiersfeld,

3. des Bruders Leopoldo Schmid zur Bedienung

von Beiersfeld,

4. der Kaufmanneschenke Bella Martha Ebe-

nheim geb. Schiedrich in Beiersfeld,

5. des Schlosses Walter Artur Schiedrich in

Beiersfeld,

6. des Schlosses Ernst Woldemar Schiedrich in

Beiersfeld,

7. des minderjährigen Friedrich Martin Schied-

rich in Beiersfeld,

8. der minderjährige Marie Irma Schied-

rich in Beiersfeld,

zu 8-8 Mithaber der unter 1 genannten

Stimme,

wird auf Antrag des Konkursverwalters Termin

auschusses, die Zinssätze bei der hiesigen Sparsäfte ab 1. April d. J. auf 6 Proz. für längere Zeit, für Weiber gegen die monatliche oder längere Rendite und auf 11 Proz. für Hypotheken festzulegen. Der Aufstellung eines Hochrechnungsplanes für das städtische Stadtgebiet wurde zugestimmt, ebenso der Antragung einer Buchungsmaschine für die Quotasse für den Preis von 1435 Dollar. Endlich stand noch der Vorschlag, Genehmigung, die bis zur Verabsiedlung des Haushaltplanes 1925/26 erforderlichen Mittel nach Abnahme des Haushaltplanes 1924/25 bereitzustellen.

Aber. Eine hier abgeholte Paul besuchte Erstklassierung der Gallwitzie des oberen Vogtlandes gegen die übermäßige steuerliche Belastung und die Absteuerung hat eine Entlastung einflussreich angenommen, die sich in einer Linie gegen die in Aussicht stehende 100-prozentige Erhöhung der Biersteuer und die zu befürchtende Erhöhung der Gewerbesteuern durch das neue Schrankenplättgesetz richtet.

Annaberg. Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der sächsischen Kollegien, die bisher jährlich 100 M. betrug, ist von den Stadtvorordneten einstimmig auf 40 M. im Monat für ehrenamtliche und auf 30 M. im Monat für die übrigen Ratsmitglieder festgesetzt worden. — Die Bezeichnung von drei Polizeibeamtenstellen sind genehmigt. — Für die Vorarbeiten zum Krankenhausneubau wurde ein Berechnungswert von 10 000 M. zur Verfügung gestellt. — Für die Neugestaltung des Rathausgartens sind 20 000 Mark ausgesetzt worden.

Coswig. Wegen Auszug des Bischöflichen auf Anordnung des Schulzess der hiesigen Kindergarten bis auf weiteres geschlossen worden. — **Großröhrsdorf.** Die Stadtgemeinde hat die Brandstelle der früheren Schuhfabrik von Schellack und Ritterhaus erworben. Da sie sich in günstiger Lage am Flusse befindet, ist die Errichtung eines

Wirtschaftsbau geplant. Das Grundstück soll weiterverkauft werden.

Königswalde I. G. Die Gemeindevorordneten haben einen kommunalen Antrag auf Errichtung eines Verwandlungshauses im Jahre 1925 nach längerer Auseinandersetzung gegen die Stimmen der Reichen abgelehnt, ebenso einen weiteren kommunalen Antrag um Bewilligung einer einzigen Befreiung an die Gewerbetreibenden und Handelsbetriebe.

Schirgiswalde. Die Stadtvorordneten haben den Bau einer Wasserleitung beschlossen. Die Kosten sind auf 260 000 M. veranschlagt. Das Projekt der Kleinwohnungsbauten für Arbeiter ist so weit gebracht, dass die Finanzierung der Errichtung von 2 Wohnanlagen vollenommen ist.

Sadigkühbel. Die Stadtvorordneten haben die Befestigung der Stadtgemeinde an einer Kraftwagenlinie Gottschee-Peterswald abgelehnt. Dagegen will man den Plan über die Fortsetzung einer Automobilstraße Pirna-Kundorf unterstützen.